

Die „Sächsische Selbstzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher nachm. 5 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 2.— M., monatlich 1.40 M., 1 monatlich 70 Pf. Durch die Post vierteljährlich 2.10 M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummern 12 Pf. Alle Kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Selbstzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage: „Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Selbstzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Teil-Nbr.: Selbstzeitung

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Lokalpreis für die 5 gespaltene Zeilen oder deren Raum 15 Pf., bei auswärtigen Inseraten 20 Pf. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Vereinbarung).

„Eingeladene“ und „Reklams“ 60 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Tägliche Roman-Beilage „Unterhaltungsblatt“.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilka, Schöna, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Im Falle höherer Gewalt (Feind oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Verleger) ist die Verantwortung für die Nichtlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Inseraten-Annahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Hauptstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haafenstein & Bogler, Invalidentank und Rudolf Rost; in Frankfurt a. M.: H. U. Daube & Co.

Nr. 17

Bad Schandau, Donnerstag, den 7. Februar 1918

62. Jahrgang.

Amtlicher Teil

Bergrößerung der Kartoffelanbaufläche.

Landwirte, die in diesem Jahre eine größere Fläche mit Kartoffeln anzubauen beabsichtigen, als sie im Jahre 1917 angebaut haben, bedürfen hierzu der Genehmigung des Bezirksverbandes.

Die Anträge, in denen die in Aussicht genommene Anbaufläche angegeben ist, sind, soweit noch nicht geschehen, bis zum 15. Februar d. J.

Schriftlich bei der Königlichen Amtshauptmannschaft einzureichen. Aus dem Antrag muß weiter hervorgehen, ob die für die Erweiterung erforderlichen Saatkartoffeln aus den Mengen entnommen werden sollen, die der Landwirt verpflichtet ist, dem Bezirksverband sicherzustellen, oder ob Zufuhrung frischen Saatgutes gewünscht wird.

Den Anträgen auf Freigabe von Saatgut aus eigenen Beständen kann nur dann entsprochen werden, wenn sich die Kartoffeln nach dem von der Amtshauptmannschaft eingeholenden Sachverständigenurteil zu Saatzwecken tatsächlich eignen. Weiter kann solchen Anträgen nur entsprochen werden, wenn sie bis zu dem obengenannten Tage hier eingehen.

Pirna, den 30. Januar 1918.

Für den Bezirksverband: Königliche Amtshauptmannschaft.

65 K. M. III. Von der Landesstelle für Gemüse und Obst ist für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna die Firma Scheffler, Sleg & Co. in Dresden-N., Moselnskystr. 2 (Sprechzettel 13009 und 13010) zum Leiter der Rübenaufkaufstelle gemäß Verordnung des Kgl. Ministeriums des Innern vom 28. Dez. 1917 ernannt worden. Pirna, den 30. Januar 1918.

Für den Bezirksverband: Königl. Amtshauptmannschaft.

Der durch Ministerialverordnung vom 26. 1. 1918 — Nr. 22 der Sächs. Staatszeitung vom 26. 1. 1918 — unter 1 für Futterrüben festgesetzte Höchstpreis wird aufgehoben.

Futterrüben unterliegen künftig den durch die genannte Verordnung für Runkelrüben festgesetzten Höchstpreisen.

Dresden, am 2. Februar 1918.

Ministerium des Innern.

153b II BVIII a
496

Lebensmittel betr.

Donnerstag, den 7. Februar:

Butter — bei Klemm — die Lebensmittelkarten von Nr. 1201 bis Ende werden auf Marke Nr. 30 mit 1/2 Pfund beliefert. Fettmarke C vom Januar ist abzugeben. Preis M. 3.12 das Pfund.

Schandau, am 6. Februar 1918.

Der Stadtrat.

Fortsetzung des amtlichen Teiles in der Beilage.

Nichtamtlicher Teil

Nach dem Streik.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Eine Kraftprobe war es und sollte es sein, und sie ist von den Arbeitern verloren worden. Die durch den Belagerungszustand herbeigeführte Verkürzung des Versammlungsrechts wollten sie beseitigt sehen, und der erste Erfolg der Ausstandsbewegung bestand darin, daß auch keine spärlichen Reste durch den Oberbefehlshaber in der Marken sofort aufgehoben wurden. Das Ende des Krieges sollte beschleunigt werden, und der Erfolg ist, daß allenthalben in den Ländern unserer Feinde Jubel und Frohlocken herrscht, daß es nun unfehlbar abwärts mit uns gehe und daß wir den Frühjahrsstürmen dieses Jahres nicht mehr gewachsen sein würden. Die weitere „Verschiebung“ der preussischen Wahlreform sollte von der Regierung verhindert werden, und der Erfolg ist, daß die Frage aufgeworfen wird, wie es denn mit der politischen Reife eines Volkes stehe, das in der Stunde der Gefahr nicht zusammenhält, sondern die eigene Landesverteidigung aufs Spiel setzt. Der Belagerungszustand sollte aufgehoben werden; statt dessen haben wir die Standgerichte bekommen. Eine Amnestie zugunsten der politischen „Martyrer“ erlassen werden; statt dessen ist jetzt auch der Reichstagsabgeordnete Dittmann vor Gericht gewandert. Kurz, wohin man auch blickt: überall ist das gerade Gegenteil dessen eingetreten, was die Streikenden erstrebt haben. Hinzugekommen ist eine schwere Erhöhung der Beziehungen zwischen der politischen Vertretung der deutschen Arbeiter und den übrigen Parteien sowie der Regierung, und unentschieden ist noch, ob nicht dem Reichstag eine Militarisierung der für Heer und Flotte arbeitenden Betriebe vorgeschlagen werden wird, ganz nach dem Beispiel Englands, das bald nach Kriegsbeginn sich durch das berühmte Munitionsgesetz gegen jede Streikgefahr sicherte, indem alle Arbeiter und Fabriken unter Staatsaufsicht gestellt wurden. Das Unterhaus nahm damals das Gesetz sofort in allen drei Lesungen an. Der Reichstag würde wahrscheinlich seiner Gewohnheit gemäß, ein langsameres Verfahren einschlagen, aber zweifellos doch zu dem gleichen Ergebnis gelangen, wenn Graf Hertling erklären sollte, nach den gemachten Erfahrungen die Verantwortung für die Aufrechterhaltung unserer Verteidigungsfähigkeit nur bei einer erheblichen Erweiterung der Regierungsbefugnisse tragen zu können. So würde die Streikbilanz für die Arbeiter mit einem beträchtlichen Fehlbetrag abschließen, und ihnen selbst wird es mittlerweile wohl schon klar geworden sein, daß sie über beraten waren, als sie sich in den Streik hineintreiben ließen.

Wer war es aber, der sie so übel beriet? Die sozialdemokratische Parteileitung bestreitet, daß sie zu den Anführern der Bewegung gehört habe, und wenn man sie auf die Reichstagsreden der Ebert und Scheidemann verweist, die mehr und mehr mit der Aufregtheit der Massen und ihren unausbleiblichen Ekstasisausbrüchen

tür den Fall, daß die Regierung nicht restlos nach den Forderungen der Arbeiter verfähre, operierten, und auf die Leitartikel des Vorwärts, die nach dem gleichen Rezept verfaßt waren, so erhält man zur Antwort, daß damit nur dem tatsächlichen Stande der Dinge Rechnung getragen wurde. Eine Behauptung, über die sich streiten läßt. Unbestritten aber ist und bleibt, daß von dieser Seite jedenfalls nichts zur Beruhigung der Gemüter getan wurde, was namentlich nach der gründlichen Aussprache zwischen Reichstagsausschuß und Regierung wohl hätte geschehen können. Deutlicher ist schon die Mitschuld der Unabhängigen an der Ausstandsbewegung in die Erscheinung getreten; ihre Reichstagsfraktion setzte einen Aufruf in Umlauf, dessen Inhalt gar nicht mißzuverstehen war, und nachdem man gehört hat, daß Herr Ledebour sich mit Händen und Füßen gegen die Zuziehung von Scheidemann und Genossen in den Streikausschuß zur Wehr setzte, weiß jeder, der diese sehr unüberlicklichen Parteiverhältnisse auch nur von ferne kennt, genügend Bescheid. Und was noch weiter nach links steht, jenseits von Saase, und sich nur mit namenlosen Rundgebungen an die Öffentlichkeit wagt, darf ganz gewiß für den Ausbruch des Streiks erst recht mitverantwortlich gemacht werden. Die Arbeiter werden gut daran tun, sich die „ihre“ Vorkämpfer in Zukunft doch etwas genauer anzusehen. Sie sind diesmal von ihnen so schlecht wie nur möglich, geführt worden, und sie sollten ihnen nicht Gelegenheit geben, sich noch einmal vor ihrer Gefolgschaft in gleicher Weise bloßzustellen.

Wenn man lediglich auf die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter sieht, muß man den Ausstand schlechthin als unverständlich bezeichnen. Sollte er aber wirklich ein Teil jener internationalen Aktion darstellen, von der sich gewisse Schwärmer einzig und allein die baldige Beendigung des Krieges versprechen mögen, so wird kein klüglicher Verlauf hoffentlich dazu beitragen, diese Elemente, wenigstens soweit sie guten Glaubens sind, von ihrer Überhöhung der Macht der Arbeiterklasse zurückzubringen. In Deutschland sind ihr immer noch bestimmte Grenzen gezogen, denn wir leben in einem Verfassungsstaat, der keine einseitige Klassenherrschaft zuläßt, der eine Volksvertretung kennt, die sich durch keine Massenbewegung beiseiteschieben läßt, und der immer noch stark genug ist, um jeden Bürger und jede Partei zur Befolgung seiner Gesetze zu zwingen. Darin unterscheiden wir uns von manchem Nachbarstaate, und wer es gut meint mit dem deutschen Volke, kann nur wünschen, daß diese Bewandertheit des deutschen Staatswesens uns dauernd erhalten bleibt.

Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin.

Die Streiklage in Berlin hat sich, wie von selbständiger Seite mitgeteilt wird, Montag, wie zu erwarten war, verbessert. Es blieben am hunderttausend Ausständige der Arbeit wieder ungenutzbar. Inzwischen haben sich die Streikenden, die bisher Streik nicht nur an sich und unseren Verwandten von Meinen, sondern direkt von den

Entente, Rußland eingeschlossen, angesettelt ist. In Papierballen und Sardinienbüchsen, die aus dem Ausland gekommen sind, hat man eine große Anzahl von Aufrufen beschlagnahmt, die an den systematischen Versuchen der Gegner, die deutsche Arbeiterkraft zu revolutionieren, keinen Zweifel mehr lassen.

Auch in München Frieden.

Einigungsverhandlungen, die nach Mitteilung von B.L.V. in München zwischen den von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei geführten Ausständigen und der sozialdemokratischen Partei angebahnt wurden, waren von Erfolg begleitet. In einer Sonnabend abend im Gewerkschaftshause abgehaltenen Sitzung erklärten die Streikführer unter dem Druck der Verhältnisse, sich der Aktion der sozialdemokratischen Partei anzuschließen zu wollen. Damit war die Wiederaufnahme der Arbeit in allen Münchener Betrieben am Montag früh gesichert. Die Streikbewegung in München hat also nach vierwöchiger Dauer ihren Abschluß gefunden. Störungen der öffentlichen Ruhe waren im Verlaufe der Bewegung nicht zu verzeichnen.

Die Antwort der Westmächte.

Fortsetzung des Krieges.

Nach einer Londoner amtlichen Meldung ist der Kriegsrat der Westmächte, der vom 30. Januar bis 2. Februar in Versailles tagte, zu der Überzeugung gekommen, daß die Neben der Staatsmänner der Westmächte keine Annäherung an die Bedingungen des Verbundes erkennen lassen. Dann heißt es weiter:

Unter diesen Umständen hat der Oberste Kriegsrat den Schluß gezogen, daß die einzige unmittelbare Aufgabe, die ihm obliegt, in der Fortsetzung des Krieges besteht, und zwar in dessen Fortsetzung mit der äußersten Energie und unter intensivem Zusammenwirken der militärischen Anstrengungen der Verbündeten bis zu dem Zeitpunkt, wo der Druck ihrer Anstrengungen bei den feindlichen Regierungen und Staaten eine andere Gesinnung hervorgerufen haben wird.

Die Antwort wird niemanden überraschen. Krieg bis zum Aussehen: Das ist die Losung unserer Feinde, Krieg bis wir auf die „gemäßigten“ Bedingungen eingehen, die unsere Feinde aufgestellt haben. Die Antwort der Westmächte auf die entgegenkommende Rede des Staatsmannes der Westmächte ist — rund herausgesagt — eine neue Kriegserklärung.

Der Funkpruch Paris vom 2. Februar meldet: In der letzten Nacht bewarnt französische Flieger die Strandplätze der beim Angriff auf Paris beteiligten deutschen Flieger mit Bomben großen Kalibers. Es waren gute Resultate zu verzeichnen. Alle französischen Apparate sind zurückgeblieben. Diese Meldung ist glatt erlogen. Der Bombenanschlag hat nicht stattgefunden.

Wichtige Besprechungen in Berlin.

Zusammenkunft hoher Diplomaten und Militärs.

Zur Teilnahme an einer Besprechung über politische und wirtschaftliche Fragen aus dem gemeinsamen Interessengebiet Deutschlands und Österreich-Ungarns sind der Staatssekretär v. Kühlmann, Minister Graf Czernin und General Ludendorff in Berlin eingetroffen. Auch der deutsche Votschaffer in Wien, Graf Wedel, hat sich zu der Besprechung nach Berlin begeben.

Wie aus maßgebenden Kreisen dazu berichtet wird, steht diese Zusammenkunft zum Teil mit Ernährungsfragen d. h. mit Fragen des Nahrungsmittelhandels zwischen den verbündeten Monarchien, vor allen Dingen aber mit den Verhandlungen mit unseren östlichen Gegnern, insbesondere mit dem erhofften Abschluß mit den Ukrainern, wo noch allerhand Dinge zu bereinigen sind, im Zusammenhang. Neben dem Leiter des österreichischen Außenministeriums weisen seit einigen Tagen auch Vertreter der österreichischen Ernährungsstellen wieder in Berlin. Hier dreht es sich um Verhandlungen über die rechtliche Verteilung der rumänischen Vorkünder.

Konferenzen.

Verfaillies — Berlin — Brest-Litowsk.

Von West nach Ost, von Ost nach West, überall sehen wir die führenden Staatsmänner und Feldherren wieder einmal in lebhafter Bewegung. In Verfaillies hat der Bund der Westmächte abermals einen Abgabebrief für uns aufgestellt, der den unentwegten Friedensängern an der Spree und an der Donau recht unbehaglich in die Ohren gellen wird. Die Herren finden, daß wir ihnen auch nicht die Spur entgegengekommen sind, obwohl sie bereits recht gemäßigte Friedensbedingungen niedergelegt hätten. Sie haben die Stirn, uns auch jetzt noch Raubabsichten unterzuschleichen, und rechtfertigen mit dieser dreifachen Verleumdung die erneute feierliche Bindung des Entschlusses, den Krieg gegen die Westmächte bis zum äußersten fortzusetzen. Es ist gewiß schmerzhaft, daß wir uns nach allen unseren entgegengesetzten Friedensbemühungen jetzt auch noch diese Antwort bieten lassen müssen, und wir sind nicht sicher, daß sich nicht abermals überflüge Leute finden, die unsere Staatslenker für diese Unverfrorenheit der Entente verantwortlich machen möchten. Solchen Leuten ist aber wirklich nicht mehr zu helfen: entweder sie wollen nicht sehen, wie die Dinge in Wahrheit zusammenhängen; dann ist mit ihnen überhaupt nicht zu rechten. Oder sie können es nicht; dann muß man sie eben ihrer hilflosen Vereinfachung überlassen. Begrüßen wir es mit Genugtuung, daß der Verfaillieser Kriegsrat die internationale Lage wieder einmal völlig geklärt hat. Dieses Verdienst soll ihm auch von unserer Seite nicht geschmälert werden.

Den Konferenzen im Westen sind schon oft genug große Worte gefolgt, wie häufig hat man nicht auch hier in stolzen Sälen von der Einheitsfront gesprochen und von der Festigkeit der Ziele, die man sich gesteckt und von der Siegeszuversicht, mit der man sie in Angriff nehmen werde. In Verfaillies, diese selbstbewußten Reden in die Tat umzusetzen, hat es auch in den Jahren 1914—1917 wahrhaftig nicht gefehlt — aber Franzosen und Engländer haben sich genötigt, heute wieder loszusagen von vorn anzufangen, und das spricht deutlich genug dafür, was wir von ihren guten Vorsätzen zu halten haben. Wir haben bisher mit einem Arm gegen sie gekämpft und sie trotz ihrer gewaltigen Übermacht geschlagen und immer wieder geschlagen. Jetzt aber sind wir imlande, auch unseren zweiten Arm einermäßen frei zu bewegen, und werden davon — des kann der Feind gewiß sein — den besten Gebrauch machen. Nun ist General Ludendorff in Berlin eingetroffen, um mit den Herren v. Kühlmann und Czernin einige wichtige Dinge zu besprechen. Die Tatsache, daß gerade in dem gleichen Augenblick der neue Kriegsrat der Westmächte bekanntgeworden ist, wird das übrige dazu beitragen, ihnen den Weg zu weisen, den sie zu gehen haben. Sie wollen sich allerdings mit östlichen Fragen befassen, aber unsere Stärke hat von Kriegsbeginn an gerade darin bestanden, daß wir alle die vielen Kriegsschauplätze, auf denen der Haß unserer zahlreichen Feinde uns zu kämpfen zwang, als eine Einheit behandelten und danach unsere Maßnahmen in Angriff und Abwehr trafen. So wird es auch jetzt gelten, die kommenden Ereignisse in Ost und West gegeneinander abzuwägen. Wir sind im Februar und haben wohl nicht mehr Zeit zu verlieren. Im Osten sind die Verhandlungen zur Entscheidung reif: Herr Trotski ist, das sehen wir mit jedem Tage deutlicher, nicht heizukommen, wir werden ihn also vielleicht mit samt dem von ihm vertretenen Nordrussland seinem Schicksal überlassen müssen.

Die Trümmer der russischen Armee sind mit ihren verchiedenen Bürgerkriegen jedenfalls so ausgiebig beschäftigt, daß sie für unsere Feldgrauen keine Zeit mehr erübrigen können. Wenn wir aber das Joch dieser ausfichtslosen Verhandlungen mit der Petersburger Regierung endlich abschütteln, so werden wir mit dem in der Ukraine zusammengefaßten südlichen Rußland um so rascher zum Ziele kommen. Ja, wir dürfen hoffen, im unmittelbaren Anschluß daran auch mit Rumänien zu einer Verständigung zu gelangen, und schließlich werden wir natürlich auch in Polen, Aurland und Litauen mit der Herstellung dauernder Verhältnisse nicht bis zum St. Nimmerleinstage zu warten brauchen. Kurz, auch in Berlin gibt es wichtige Arbeit zu tun, die eines starken militärischen Einschlags nicht entbehrt. Das beweist die Zugabe unseres Ersten Generalquartiermeisters, und er ist auch Bärge dafür, daß die zu fassenden Beschlüsse an Gewicht und Tragkraft den Vergleich mit den Grundgebungen des Verfaillieser Kriegsrates aushalten werden.

Wenden die Konferenzen in Brest-Litowsk. Sie brechen sich, wie wir gesehen haben, immer noch um Formfragen, an denen Herr Trotski gar kein Genüge finden kann. Schließlich ist sogar dem milden Grafen Czernin der Geduldsfaden gerissen und er hat aufgetrumpft — fast wie ein lebhafter preussischer General, was hoffentlich der empfindlichen Wiener Presse nicht wieder die Nerven kosten wird. Wenn es bei dem Tempo bleibt, würden wir wohl eher den Tag des jüngsten Gerichts erleben als den Tag des Friedensschlusses mit dem Rußland der Bolschewisten. Es wäre dringend zu wünschen, daß der Klärung im Westen nun möglichst bald auch volle Klarheit im Osten folgen möchte.

Danz, 4. Febr. Ein großes englisches Kriegsschiff in der Nähe des Kriegshafens in Kirk of Cirth auf eine Mine gelaufen und gesunken.

Notterdam, 4. Febr. Das bewaffnete englische Transportschiff „Lanvaln“ ist am 21. Januar im östlichen Mittelmeer torpediert worden und gesunken. Sieben Offiziere und 217 Mann sind umgekommen.

Trotski im Lichte der Wahrheit.

Die staatsrechtliche Stellung der Ukraine.

Berlin, 4. Februar.

Die Vollziehung der Friedens-Delegationen vom 2. Februar wurde für Herrn Trotski zu einer schweren Niederlage. Der sonst so redigewandte, in Staatsparzellen und Winkelzügen wohlverfahrene Volksbrat mußte sich von einem Mitglied der ukrainischen Delegation nicht nur bittere Wahrheiten über die Regierungsmethoden der Maximalisten sagen lassen, sondern fand auch zum ersten Male in Brest-Litowsk — nicht jene spitzfindigen ausfluchtreichen Erwiderungen, die die Verhandlungen bisher so unfruchtbar zu machen veruchteten. Der Volkskommissar, der so gern die Napoleon-Rolle des Diktators annimmt, hatte erklärt, daß die Vereinbarungen der Kiewer Rada mit den Mittelmächten keine staatsrechtlich bindende Kraft haben könnten, solange nicht die in der russischen Delegation vertretene Echarfower Abordnung der ukrainischen Arbeiter- und Soldatenräte ihre Zustimmung erteilt hätten. Der an Stelle des Handelsministers Solubowitsch den Vorsitz der ukrainischen Delegation führende Herr Sewojuk beantwortete Trotski's Ränder mit der Erklärung, daß die ukrainische Zentralrada am 24. Januar den Beschluß gefaßt hat, den Gedanken, einem föderativen Bunde der neuen Republiken im ehemaligen Zentrum Rußlands anzugehören, angesichts der augenblicklichen Lage in Rußland aufzugeben und beschlossen habe, von nun ab einen unabhängigen souveränen und freien Staat des ukrainischen Volkes zu bilden.

Noch interessanter als diese Tatsache war die Begründung, die das Mitglied der ukrainischen Delegation Lubinski für diese Handlung gab. Mit starken Worten übte der Redner in längeren Ausführungen Kritik an der Lenin-Trotskischen Ideenwelt, er nannte die Mittel, mit deren Hilfe sie die Völker Rußlands beglücken wollten, demagogisch und behauptete, die Volkskommissare führten in Rußland statt des Selbstbestimmungsrechtes die Anarchie und die Verdrängung ein, weil sie wüßten, es sei leichter zu zerstören als aufzubauen. Im klaren Gegensatz zu ihrer Forderung, daß fremde Truppen aus besetzten Gebieten zurückgezogen werden sollen, seien auf ukrainischem Boden jetzt von russischen Truppen Arbeiter- und Soldatenräte gebildet worden und Trotski verlange, daß diesen fremden Elementen die Regierungsgewalt ausgeliefert werde. Die Petersburger Volkskommissare haben in Echarfow eine Gegenregierung gegründet, die ihre Macht ausüben mit Hilfe der Roten Garde durch Norden und Westen begann. Die Echarfower Regierung hat keine Stütze im ukrainischen Volke.

Herr Trotski war verstummt und mit ihm der erst so berebete Herr Niebischew, der Führer der Echarfower Vertretung der Arbeiter- und Soldatenräte. Graf Czernin, der den Vorsitz führte, erklärte darauf, es sei kein Anlaß für die Westmächte, die Anerkennung der ukrainischen Delegation zurückzunehmen oder einzuschränken. Die ukrainische Volksrepublik solle vielmehr schon jetzt als unabhängiger freier und souveräner Staat anerkannt werden, der in der Lage ist, selbständig internationale Abmachungen zu treffen.

Die Sitzung schloß mit einer lahmten Erklärung Trotski's, die sein ganzes Wesen zeigt, wie es in Wahrheit ist: es werde den Verbündeten Mächten schwer fallen, die geographischen Grenzen der Ukraine anzugeben. Das aber sei bei Friedensverhandlungen die wichtigste Frage. — Wenn diese Ausführungen tatsächlich eine Stütze im Völkerricht fänden, dann wäre ein Friedensschluß mit Rußland in absehbarer Zeit schlechthin unmöglich; denn es wird noch lange dauern, bis die neuen russischen Republiken über ihre Abgrenzung einig geworden sind. Herr Trotski weiß das auch, aber er will — ja, was will er eigentlich? Je häufiger er das Wort in Brest-Litowsk ergreift, je unklarer wird sein Ziel. Es scheint aber, daß man ihn jetzt zwingen wird, ungehindert zu bekennen, ob er Frieden will oder nicht. Alles andere mag er in Petersburg im Kreise seiner Geistesverwandten erzählen.

Der Streit um Polen.

Brest-Litowsk, 4. Februar.

Gestern wandte sich die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zunächst der Besprechung der Frage an, ob Vertreter der westlichen Randstaaten zu den Verhandlungen eingeladen werden sollten. Wie im Falle der Ukraine, so machte Volkskommissar Trotski auch jetzt wieder Zweifel an der völkerrrechtlichen Staatlichkeit der Randgebiete geltend. Rußland erkenne zwar die Selbständigkeit Polens an, doch sei diese Selbständigkeit nur eine scheinbare, solange das Land unter dem Regime der Mittelmächte stehe. Trotski erklärte weiter, daß er die Regierung des Herrn Kucharczewski nicht als bevollmächtigte Regierung des polnischen Volkes ansehen könne, da sich diese Regierung nicht auf die breite Masse stütze.

Staatssekretär v. Kühlmann und Minister des Außern Graf Czernin stellten demgegenüber fest, daß Trotski zwar Polen als selbständiges Land anerkenne, daß er aber diesem selbständigen Staate selbstamerweise keine eigene Vertretung zubillige.

Die Rechtsstellung Finnlands.

Auf eine Bemerkung des Staatssekretärs v. Kühlmann, daß russische Truppen sich in die inneren Kämpfe in Finnland gemischt hätten, erklärte Herr Trotski, daß die russischen Truppen, die aus Finnland zurückgezogen werden sollen, keinen Einfluß auf die dortigen Kämpfe gehabt hätten. Am Anschluß an diese Erklärung kam Trotski nochmals auf die polnische Frage zurück und wiederholte, daß er die gegenwärtige Regierung nicht anerkennen könne.

Graf Czernin hielt dem entgegen, daß der Vertreter eines fremden Staates nicht feststellen könne, inwieweit in einem anderen Staate die Regierung zu Recht bestehe. Die Fortsetzung der Erörterung über diese Frage sei seiner Ansicht nach unfruchtbar. Polen habe noch keine feststehenden Grenzen, aber auch die russische Republik habe noch keine feststehenden Grenzen, was die Mittelmächte nicht verhindere, mit ihren Vertretern zu unterhandeln, ohne ihre Legitimation zu prüfen. Staatssekretär v. Kühlmann fügte hinzu, es sei schwer, einen Staat anzuerkennen, der keine festen Grenzen habe. Aber er müsse doch darauf hinweisen, daß man sich vollständig in die Wolken verliere, wenn man die Grundlagen einer gesunden juristischen Konstruktion verlasse.

Die Sitzung wurde geschlossen, nachdem Staatssekretär v. Kühlmann davon Mitteilung gemacht hatte, daß er gezwungen sei, auf kurze Zeit zu verreisen. Es sollen in zwischen Unterhandlungen von Macht zu Macht zwischen den Delegationen in Brest-Litowsk stattfinden.

Opfert gern alle überflüssigen Gold- und Schmucksachen fürs Vaterland!

Rote und weiße Garden.

Die Kämpfe in Finnland.

Die über Stockholm eintreffenden Meldungen bestätigen, daß die Kämpfe zwischen den roten (maximalistischen) und weißen Garden in Finnland immer größeren Umfang annehmen. Immer neue Abteilungen Petersburger Soldaten treffen auf finnischem Boden ein, um den Aufbruch zu unterstützen. Demgegenüber nimmt sich eine Erklärung Lenins sehr festlich aus, die er an den Präsidenten der finnischen Regierung sandte und in der es u. a. heißt: „Die russische Regierung erachtet zusammen mit Ihnen die gewaltsame Einmischung russischer Truppenteile in die inneren Angelegenheiten Finnlands für unzulässig. Zusammen mit Ihnen halten wir für unbedingt notwendig, in kürzester Frist Finnland von russischen Truppen zu reinigen.“

Eine neue rote Armee.

Der Rat der Volkskommissare hat die Bildung einer roten Armee angeordnet, die als Ball der Macht der Sowjets und im gegebenen Augenblicke als sichere Grundlage für die Erhebung der regulären Armee dienen wird. Die rote Armee wird aus den zuverlässigsten Elementen der Arbeitermassen gebildet. Der Eintritt in ihre Reihen steht allen Bürgern der russischen Republik frei, die das Alter von 18 Jahren erreicht haben. Die Soldaten der roten Armee der Bauern und Arbeiter werden vollkommen vom Staat unterhalten und erhalten außerdem 50 Rubel.

Die Lage im Osten.

Von unterrichteter Seite liegen über die Ereignisse im Osten folgende Meldungen vor: Die von Reuter verbreitete Meldung, Schweden solle Truppen nach Finnland schicken, ist unbegründet. In Wiborg und Helsingfors scheint auch jetzt noch die Rote Garde die Oberhand zu haben, während in Nordfinland die Weiße Garde anscheinend das Übergewicht hat. An der Bahn Rowel-Kiew sind die Ukrainer in mehreren Kämpfen siegreich geblieben. Echarfow und Nikolajewsk befinden sich in den Händen der Ukrainer. Drei russischen Armeekorps, die veruchteten, die rumänische Grenze zu überschreiten, gelang dies nur zum geringsten Teil. Schließlich gingen 2000 Mann mit 300 Pferden auf das Gebiet der Mittelmächte über. Wie gerüchtweise verlautet, siehe hinter Kalebin Nikolai Nikolajewitsch. Der größte Teil der Moskauer Garnisonen soll sich bereit erklärt haben, mit Kalebin gegen die Bolschewiki zu marschieren.

Oberbefehlshaber Krylenko verhaftet.

Der Einnahme der Stadt Mohilew gingen schwere Kämpfe voraus.

Bei der Eroberung der Stadt wurde der Oberbefehlshaber Krylenko mit dem gesamten Stab verhaftet.

Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, haben die Truppen der Zentralrada Echarfow erobert. Staatssekretär Solubowitsch hat ein neues Ministerium gebildet, das im Gegensatz zu der bisherigen Regierung der Ukrainer sich mit den Maximalisten zu verständigen kein einziges bolschewikisches Mitglied enthält.

Bei Kiew soll eine halbe Million ukrainischer Truppen unter Führung von Offizieren versammelt, auch die Zivilbevölkerung soll bewaffnet sein.

Der Völkerrkampf in Rußland.

Selbständigkeit der Ukraine.

Die Nachricht, daß die Ukraine sich als selbständige Republik erklärt habe, wird bestätigt. Alle ukrainische Truppen haben sich auf die Seite der Zentralrada gestellt und unterstützen die Unabhängigkeit der Republik.

Mohilew von den Polen erobert.

Die polnischen Truppen, die sich überall aus den russischen Verbänden lösten, machen schnelle Fortschritte in ihrem Kampf gegen das zertrümmerte russische Heer.

Wie ein Funkpruch aus Kiew meldet, ist Mohilew, der Standort der russischen Obersten Heeresleitung, durch die Polen besetzt worden.

Auch Minsk ist in blutigem Kampfe mit den Bolschewiktruppen von polnischen Truppen genommen worden. Die oberste polnische Heeresleitung erklärt an das ganze polnische Volk einen Mobilisierungsaufruf und fordert alle Polen auf, aus den russischen Regimentern auszutreten und unter der eigenen Nationalfahne zu kämpfen. Sogar Frauen, Kinder und Greise werden aufgerufen, zu den polnischen Formationen hinter der Front sich als Sanitäter usw. zu stellen. Ein ähnlicher Aufruf ist von den Polen in Minsk verbreitet worden. Die polnischen Zeitungen in Moskau, Petersburg und Minsk verbreiten diesen Aufruf unter allen in Rußland wohnenden Polen und den fast drei Millionen polnischen Emigranten. Der Sitz des Mobilisierungskomitees ist Minsk.

Russische Greuel in Finnland.

Die Kriegsabteilung des russischen Volkskommissariats hat die russischen Soldaten durch Order aufgefordert, die Rote Garde in Finnland zu unterstützen. Die Schreckensherrschaft der Roten Garde in Finnland nimmt von Tag zu Tag schrecklichere Formen an.

Nach einer Meldung aus Helsingfors wurde die Staatsbank, deren Goldvorrat angeblich vor Ausbruch der Revolution in Sicherheit gebracht wurde, auf Befehl des Revolutionsausschusses wieder eröffnet. Angeblich soll das Volkskommissariat ein finnisch-russischer Ausschuss sein, dessen Aufgabe darin besteht, internationale Garantien für Finnlands Selbständigkeit, ein Abkommen über die Schleifung der finnischen Festungen, Abtretung eines Hafens und andere Grenzregulierungen im Lande herbeizuführen.

Deutschland und Rumänien.

Vor dem Waffenstillstand.

Wie die Voss. Ztg. erfährt, beginnen heute in Sintra Verhandlungen zwischen dem Vierbund und Rumänien über den Abschluß eines Waffenstillstands.

Obwohl Rumaniens Ministerpräsident Bratianu noch vor einigen Tagen erklärte, er würde keinen Waffenstillstand schließen, scheint diese Meldung — obwohl noch keine amtliche Befätigung vorliegt — doch glaubhaft, zumal in neutralen Zeitungen schon wiederholt angedeutet worden ist, daß Rumänien sich bald dem russischen Vorgehen anschließen würde.

Eine Warnung Mackensens.

Generalfeldmarschall v. Mackens hat an den römänischen Oberkommandierenden General Bresan in Jassy ein Telegramm gerichtet, in dem er die eidstaatliche Versicherung zweier österreichischer Staatsbürger mitteilt, die von außerordentlichen Notheiten berichten, die in römänischen Gefangenenlagern an Angehörigen der Mittelmächte verübt werden. Der Generalfeldmarschall weist auf die Greuelthaten hin und droht für den Fall der Nichtabstellung die schärfsten Repressalien gegenüber der Bevölkerung des besetzten Gebietes zu ergreifen.

Deutsche in Rumänien.

Mit dem Nationalitätenprinzip kommen unsere Gegner, wenn man der Sache auf den Grund geht, immer mehr in die Brüche. Ihren Eintritt in den Krieg begründeten die Rumänen bekanntlich damit, daß in Siebenbürgen große Massen rumänischer Stammesbrüder „verköst“ seien — das 1878 von Rußland geraubte Besarabien hatten sie vergessen. Ebenso wenig oder hatten sie sich 1913 um das Nationalitätenprinzip gekümmert, als sie dem schwer kämpfenden Bulgarien in den Rücken fielen und die 1878 eroberte Dobrudscha vergrößerten.

Die Dobrudscha ist nämlich hauptsächlich von Türken und Bulgaren bewohnt. Merkwürdigerweise finden sich dort auch zahlreiche deutsche Sprachinseln! Die deutschen Truppen wurden bei ihrem Einmarsch in das feindliche Land mehrfach freudig überrascht, wenn sie in diese sauberen deutschen Dörfer mit ihrer freundlichen Bevölkerung kamen.

Die ersten Deutschen sind in Rumänien im 13. Jahrhundert eingewandert, als der deutsche Orden in der Gegend von Kimpolung und Sutschava Burgen und Klöster errichtete. In dieselbe Zeit fiel bekanntlich auch die erste Einwanderung der „Sachsen“ in Siebenbürgen. Der deutsche Ritterorden wurde bald dem ungarischen König Geza zu mächtig, und er schob ihn deshalb ab, die deutschen Bauern aber blieben.

In die Dobrudscha sind die deutschen Siedler erst viel später gelangt, nämlich um das Jahr 1840. Sie kamen nicht aus Deutschland selbst, sondern aus Rußland. Ihre Eltern waren um 1800 in Südrußland eingewandert, wo es jetzt noch deutsche Siedlungen gibt, aber sie fühlten sich dort nicht wohl. In der Wolbau und der Balaschei, dem heutigen Rumänien, sollte es besser sein; es war eine Enttäuschung. Die Rumänen wollten keine fremden Siedler haben und machten alle erdenklichen Schwierigkeiten. So zogen denn diese russischen Deutschen weiter, in die Dobrudscha, die damals noch türkisch war. Die Türken nahmen sie gern auf. Mitten im Walde entstand z. B. eine rein deutsche Ansiedlung Almagora. Als sich 1861 in der Nähe Tcherkesen ansiedelten, zogen die Deutschen fort, aber sie fanden es nirgends besser und kehrten trotz der wilden Nachbarschaft zurück. Als dann 1878 das Land rumänisch wurde, kamen neue Drangsalierungen, den Rumänen war die deutsche Sprache und die deutsche Schule ein Dorn im Auge. Man kann sich also unheimlich vorstellen, welches Los die Siebenbürger Sachsen gehabt hätten, wäre Rumänien der Einverleibungsplan geblüht!

Trotzdem zogen noch kleinere deutsche Trupps um 1890 nach Rumänien. In allen Teilen der Dobrudscha sind jetzt deutsche Dörfer, auch die Städte Konstanza, Cernavoda, Mangalia, Tulcea beherbergen deutsche Kolonien. Die Gesamtzahl beträgt 8500 Seelen, etwa 5% der Bevölkerung. 22 Dörfer sind ganz deutsch, in andern Dörfern leben die Deutschen mit Bulgaren und Türken gemischt. Eine deutsche Kommission aus Stuttgart hat kürzlich diese deutschen Siedlungen bereist und darüber Bericht erstattet. Die Leute wissen nicht mehr, aus welchen Gegenden Deutschlands ihre Väter stammten, auf dem langen Wege über Rußland ist die Tradition unterbrochen worden, wahrscheinlich sind alle deutschen Stämme unter ihnen vertreten. Auch die Siebenbürger Sachsen wissen bekanntlich von ihrer Herkunft wenig, die meisten von ihnen stammen, trotz des Sachsennamens, wohl vom Rhein.

Es stimmt traurig, denken zu müssen, daß auch diese tüchtigen Leute, wie schon so viele andere Brüder, dem Deutschtum verloren sein sollen. Die Rumänen gingen äußerst schonungslos vor, und zahlreiche Dobrudscha-Deutsche sind schon infolge der Bedrückungen aus der kaum gewonnenen Heimat nach Amerika ausgewandert. Eine Rückführung scheint also nicht aussichtslos!

Der Krieg.

Deutscher Heeresbericht.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 5. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Von der Küste bis zur Los Artilleriekampf, der sich am Abend an der Bahn Voersinghe—Staden bei Abwehr eines englischen Vorstoßes sowie zwischen Basschendaele und bei Bevelaere beträchtlich steigerte. Auch südlich von der Los, am La Bassée-Kanal und an der Scarpe lebte die Feuerfähtigkeit zeitweilig auf. — Bei erfolgreichen Erkundungen südlich von Armentières und bei Graincourt wurden einige Engländer gefangen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Badische Stotrupps drangen südlich von Beaumont tief in die französischen Stellungen, fügten dem Gegner schwere Verluste zu und führten mit 33 Gefangenen und mehreren Maschinen-gewehren in ihre Linie zurück.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Auf den Maas-höhen nördlich und südlich von St. Mihiel lebte die Gefechtsfähtigkeit am Nachmittag auf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Warnung vor Übertriebener Hoffnung.

In den Mein der grenzenlosen Hoffnung auf das amerikanische Heer, die Frankreich den Kopf umnebelt, giebt „Daily Mail“ einen ordentlichen Schuß Wasser. Sie schreibt, der deutsche Vorstoß im Westen werde zweifellos in erster Linie Calais gelten. Gelingen er, so werde Englands Zufuhr noch mehr als jetzt abgeschnitten werden. Folglich müsse jedermann in England schon jetzt mit Nahrungsmitteln zu sparen beginnen. Die europäischen Verbündeten werden zunächst noch auf sich angewiesen bleiben, denn der amerikanische Kriegsminister, Baker, hat „etwas zweifelhaft“ die Zahl seines bereitstehenden Heeres auf eine Million Mann angegeben — und außerdem ist dieses Heer bis zur Stunde noch nicht in Frankreich gelandet.

Verkehrsnot im Mittelmeer.

Eine Folge des U-Boot-Krieges.

Ähnlich wird gemeldet: Der feindliche Transportverkehr nach dem Orient und Italien wurde durch unsere U-Boote im mittleren und besonders im östlichen Teile des Mittelmeeres durch Vernichtung von vier Dampfern und vier Seglern wieder erheblich geschädigt.

Einer der versenkten Dampfer scheint der bewaffnete englische Dampfer „Hampstead“ (3447 Tonnen) gewesen zu sein. Der versenkte italienische Segler „Giuseppe“ hatte Phosphat geladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Phosphat zählt zu den Düngemitteln, die über See in die feindlichen Mittelmeerländer geführt werden müssen, um dort die sinkenden Ertragnisse der Landwirtschaft zu steigern. U-Boot-Krieg und Schiffsraumangel verursachten im vergangenen Jahre einen gewaltigen Rückgang der Einfuhr phosphorhaltiger Düngemittel nach Italien. Diese fielen der „Economista d'Italia“ vom 5. 1. zufolge in Genua, dem Haupteinfuhrhafen Italiens, von 98 638 Tonnen des Jahres 1915 auf 38 578 Tonnen im Jahre 1917. Daraus folgt klar der Schaden, den die Ernährung unserer Feinde auf diesem mittelbaren Wege erleidet.

Unsere tägliche U-Boot-Beute.

Ähnlich wird gemeldet: U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 Br. Neg.-T.

Die Schiffe waren fast sämtlich tiefbesetzten und wurden zum größten Teil im Armeikanal vernichtet. U. a. wurde hier ein großer Frachtdampfer in gewandtem Angriff aus einem Geleitzug herausgeschossen. Namentlich festgelegt konnte der englische Dampfer „Hunsgrove“ (3063 T.) werden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Opfer des Londoner Flugangriffes.

Die amtlichen Londoner Polizeiberichte geben die Gesamtzahl der Unglücksfälle bei den Luftangriffen am 28. und 29. Januar in allen von den feindlichen Fliegern besuchten Bezirken auf insgesamt 68 Tote und 178 Verwundete an. Die Begrabung der Trümmer eines Hauses ist wegen der Einsturzgefahr noch unmöglich. Die Leichen sind noch nicht gefunden. Der Angriff in der Nacht vom 30. forderte 2 Tote und 10 Verwundete.

Verluste in Paris.

Bei dem Luftangriff am 30. und 31. Januar wurden nach einer amtlichen französischen Meldung in Paris 83 Personen getötet, darunter 11 Frauen und 2 Kinder, und in der Banneville 16, darunter 3 Frauen und 3 Kinder. Verletzt wurden in Paris 134 Personen, darunter 60 Frauen und 10 Kinder, und in der Banneville 72, darunter 33 Frauen und 7 Kinder.

Die spanische Note an Deutschland.

Zu der nach Berlin gerichteten spanischen Note in der Angelegenheit der Besetzung der „Giralda“ meldet „Liberal“ ergänzend, daß materielle Entschädigungen zugunsten der Gesellschaft, der die „Giralda“ gehört, verlangt werden. Es werde ersucht, daß die Antwort möglichst bald erfolge. Die Note spreche überdies das allgemeine Bedauern aus, daß Spaniens Schifffahrt durch den Unterseebootkrieg schwer geschädigt werde, und daß sich die Angriffe gegen Schiffe richteten, die keine Konterbande führten. Die Note gipfle darin, daß die Wiederholung des bedauerlichen Zwischenfalls auf die guten Beziehungen beider Staaten einen ungünstigen Einfluß nehmen könnte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Wie nunmehr feststeht, wird keine sofortige Einberufung des Reichstages erfolgen. Den beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages, die beim Präsidenten die sofortige Einberufung des Hauses beantragt hatten, ist jetzt die Antwort des Präsidenten zugegangen, wonach sich die Vorliegenden aller übrigen Fraktionen gegen den Antrag ausgesprochen haben. Der Präsident kann dem Antrag daher nicht Folge geben.

Eine Änderung des preussisch-badischen Militärabkommens soll nach dem Kriege vorgenommen werden. In der letzten Sitzung der Zweiten badischen Kammer teilte Staatsminister Freiherr v. Bodmann mit, daß er anlässlich seines Empfanges beim Deutschen Kaiser in Berlin in der vorigen Woche eine eingehende Unterredung mit dem preussischen Kriegsminister gehabt und dabei eine Änderung der preussisch-badischen Militärkonvention nach Beendigung des Krieges angeregt habe. Es sei dringend erwünscht, daß Baden militärisch nicht schlechter gestellt sei als andere kleine Staaten.

In den Berliner Besprechungen, die am Montag und Dienstag zwischen den Berliner Zentralstellen und dem Staatssekretär v. Kühlmann, dem Grafen Czernin und dem General Ludendorff stattfanden, nahm auch der Chef des Generalstabes im Osten, General Hoffmann teil. General Hoffmann hatte im Laufe des Montag verschiedene Unterredungen, u. a. auch mit dem Abgeordneten Eraberger. Es sind von diesen Verhandlungen schwerwiegende Entschlüsse zu erwarten, zu denen man sich in der Hauptsache durch die schädlichen Wirkungen genötigt sieht, die durch die Arbeiterausstände in Osterreich-Ungarn und in Deutschland auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und der militärischen Lage hervorgerufen worden sind. Die Festigkeit der Staatsleitung und die klaren Dispositionen der Obersten Heeresleitung schließen, soviel darf versichert werden, jeden Grund zur Beunruhigung aus, auch wenn die Unterhandlungen in Brest-Litowsk einen anderen, als den zunächst gewünschten Verlauf nehmen sollten. — Staatssekretär Kühlmann und Graf Czernin beabsichtigten, in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch nach Brest-Litowsk zurückzukehren.

Die Fraktionen der fortschrittlichen Volkspartei des Reichstages und preussischen Landtages haben in einer gemeinsamen Sitzung eine Erklärung beschlossen, die sich scharf gegen den Streik wendet und mit den Worten schließt: „Die Fraktionen geben der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung und die zur Durchführung einer volksfreundlichen Politik entschlossenen Parteien unbeeinträchtigt die schnelle Erfüllung der berechtigten Forderungen des Volkes sorgen und allen Hemmnissen mit Entschiedenheit entgegenzutreten werden.“

Der Sommerfahrplan wird in diesem Jahre ohne Zweifel zur gewohnten Zeit, am 1. Mai, eingeführt werden. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat dazu

in diesem Zweck eine besondere Verfügung erlassen, daß die ersten Entwürfe dafür rechtzeitig, spätestens zum 1. März, die endgültigen Entwürfe spätestens am 5. April vorliegen. Zahlreiche Änderungen wird der neue Fahrplan allerdings kaum bringen. Jedenfalls kann es sich nicht um große Rechtsleistungen handeln. Im allgemeinen wird die Zahl der gefahrenen Züge ungefähr dieselbe bleiben. In dem einen oder anderen Falle wird es noch nötig sein, den Fahrplan einzelner Züge zu entspannen, um ihn den jetzigen Betriebsverhältnissen anzupassen. Auch die Sommerzeit wird in diesem Jahre kaum ausbleiben. Wie im vorigen Sommer wird aber wieder der Wechsel des Fahrplans und der Zeit nicht zusammenfallen. Für die Wahl des Zeitpunktes sind die Erfahrungen des vorigen Jahres maßgebend. Endgültigen Beschluß darüber zu fassen, ist bekanntlich Sache des Bundesrats.

Die von London aus verbreitete Meldung von der Abberufung der Militärattache Argentiniens in Berlin und Wien ist in dieser Form unrichtig. Wie von ausländischer Stelle erklärt wird, hat der Berliner argentinische Militärattache Oberleutnant Bertino im November v. J. schriftlich das Ersuchen um seine Rückberufung gestellt, da er zum Obersten befördert werden soll, aber bestimmungsgemäß vorher ein Kommando in der Heimat führen muß. Auf dieses Ersuchen ist jetzt die telegraphische Genehmigung der argentinischen Regierung eingetroffen. Oberleutnant Bertino kehrt daher in den nächsten Tagen in die Heimat zurück. Selbstverständlich wird ein Nachfolger für ihn ernannt werden. Ähnlich dürfte es sich mit dem Militärattache Argentiniens in Wien verhalten.

Der Deutsch-Russische Wirtschaftsausschuß hielt unter Beteiligung der Reichsämter und leitender Kriegsämter sowie zahlreicher Handelskammern in Berlin seine Mitgliederversammlung ab. Aber die Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland wurden Richtlinien aufgestellt, unter denen die wesentlichste ist, daß die Neuordnung die Gewähr eines dauernden erzieherischen Wirtschaftsfriedens in sich trägt.

Nachdem der Abg. Dittmann (U. Soz.) wegen verletzten Landesverrats zu fünf Jahren Festung und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu zwei Monaten Gefängnis von dem außerordentlichen Kriegsgericht in Berlin verurteilt wurde, ist die Frage aufgeworfen worden, ob sein Reichstagsmandat erloschen sei. Diese Frage ist zu verneinen. Abg. Dittmann würde sein Mandat verloren haben, wenn ihm die bürgerlichen Ehrenrechte abgeprochen worden wären; dies aber ist nicht geschehen, da das Urteil unter „Verneinung der ehelichen Bestimmung“ gefällt wurde.

Norwegen.

Die Antwort der norwegischen Regierung an das Handelsamt der Vereinigten Staaten auf den Vorschlag bezüglich der Lebensmittelzufuhr betont, daß Norwegen neutral zu bleiben wünsche und daher nicht — wie Amerika fordert — die Handelsbeziehungen zu einem der Kriegsführenden abbrechen könne. Norwegen dürfe mit Recht fordern, daß das Land nicht vor die Wahl gestellt werde, entweder einer völligen Notlage entgegenzugehen, oder einen Vertrag zu schließen, der möglicherweise den Krieg bedeute. Die Antwort weist schließlich darauf hin, daß Norwegen einen großen Teil seiner Ausfuhr angeboten habe, um Amerika entgegenzukommen.

Dänemark.

Die gesamte Presse wendet sich in scharfen Ausdrücken gegen die englische Forderung gegen Dänemark. Die Londoner Presse, allen voran die „Times“ drohen nämlich Dänemark, dessen Presse sie der Deutschfreundlichkeit bezichtigt, mit dem Abbruch der Handelsverhandlungen. „Politiken“ schreibt dazu: Bei den Verhandlungen, die beständig mit England über Zufuhren geführt werden, war Dänemark immer bereit, in den Zugeständnissen so weit zu gehen, wie überhaupt mit der neutralen Haltung vereinbar ist. Das ist Dänemark noch immer, aber wir können unmöglich glauben, daß ein gutes Ergebnis der Verhandlungen durch unangemessene und ungerechtfertigte Angriffe der englischen Presse auf Dänemark oder durch Einmischung in die innere Politik Dänemarks gefördert wird.

Holland.

Die gefälschten Telegramme der Petersburger Telegraphen-Agentur, die in Brest-Litowsk in den letzten Tagen zur Sprache kamen, beschäftigen lebhaft die holländische Presse. „Handelsblad“ sagt, daß irgendwo in der Welt geheime Kräfte an der Arbeit zu sein scheinen, welche mit allen Mitteln versuchen, den Frieden in Brest-Litowsk scheitern zu lassen. Es wird wirklich hohe Zeit, daß diesem Verdrehen und Verstimeln ein Ende gemacht wird. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meint, Herr Trojki scheint ein Kopf mit doppeltem Gesicht zu sein. Der Mund, der nach Westen spricht, tut das Gegenteil von dem, der nach Osten gerichtet ist. Jede seiner beiden Reden sagt, daß die andere nicht bestehe.

Italien.

Der Papst richtete einen Hirtenbrief an die bayerischen Bischöfe, in dem die Zentrumblätter eine Bestätigung der Gerüchte von einer Bedrohung des Papstes in Rom zu finden glauben. In dem Hirtenbrief heißt es u. a.:

Zu der inneren Angst und Unruhe, mit der die lange Dauer des jammervollen Krieges unser Herz erfüllt, gesellt sich noch die Erfahrung, daß unsere Mahnungen zur Wiederherstellung des Friedens, die doch der Ausfluß lauterer Strebens für die allgemeine Wohlfahrt waren, schließlich einen Ausgang genommen haben, wie wir ihn am wenigsten erwarteten. Ja, daß diese Mahnung von den ruchlosen Menschen sogar benutzt worden ist, um den vollen Haß gegen uns aufzureizen, während wir doch einen Beweis unserer Liebe geben wollten.

Daß die jetzigen Zustände Italiens Schlimmes für die Sicherheit des Papstes befürchten lassen, will man auch daraus erkennen, daß ein römisches Blatt sogar die Verhaftung des Papstes und seine Verurteilung wegen Hochverrats gefordert hat.

Belgien.

Vor dem Kriege und während des Krieges wurden in Flandern, im südlichen Teile der Provinz Limburg, mächtige Lager besser Industriekohlen entdeckt. Der belgische Staat hatte bereits eine Anzahl Kohlenruben-konfessionen in diesem Kempener Lande vergeben, doch waren bisher noch keine größeren Bergwerksanlagen errichtet worden. Durch Vererbung des Generalgouverneurs von Belgien sind jetzt die Kohlenkonfessionen wieder eingezogen worden, soweit sie Angehörigen der Entente-Staaten verliehen waren. 10 780 Hektar Kohlen führen dadurch in den Besitz des belgischen Staates zurück, und falls das selbständige Flandern entsteht, hat es dadurch von vornherein ein ungeheuer wichtiges Vermögensstück. In der Erschließung der Kohlenruben im Kempener Land sollen auch die großen flandrischen Städte wie Antwerpen, Gent und Brüssel beteiligt werden.

Frankreich.

* Wenn nicht alles trägt, drohen in der französischen Kammer neue Skandale. Der frühere Ministerpräsident Painlevé erklärte nämlich Ausfragern, daß er, wenn bei den bevorstehenden Kammerinterpellationen die Frühjahrs-offensive 1917 neuerlich zur Sprache kommen sollte, sich genötigt sehen könnte, zur Deckung seiner Verantwortlichkeit den ganzen Sachverhalt darzulegen. Verschiedene Blätter haben Painlevé angegriffen, weil er an dem Scheitern der französischen Apriloffensive Schuld trage und Caillaux nicht anklagen ließ. Laut „Paris“ sei die Strafverfolgung Painlevés als bevorstehend anzusehen. Painlevé wird also, wie vor ihm Caillaux vor der Kammer die Schuldfrage behandelt.

Großbritannien.

* Die nationale Zwangsrationierung soll jetzt in England mit tunklärter Beschleunigung durchgeführt werden. Der Nahrungsmittelkommissar Rhondda erklärte im Oberhause, er hoffe, daß die von ihm für London und einige andere Distrikte angeordnete lokale Rationierung Anfang März durchgeführt sein werde, worauf sofort Maßnahmen ergriffen würden, um darauf eine einheitliche Rationierung für das ganze Königreich zu entwickeln.

* Das Londoner Blatt „Daily News“ bringt einen das größte Aufsehen erregenden Leitartikel, in dem der Rücktritt Lloyd George und die Bildung einer neuen Regierung verlangt wird.

Das Blatt erklärt das jetzige Ministerium außerstande, den Frieden zu bringen, weil es nicht demokratisch sei. Was England fordern müsse, sei ein reines Arbeiterministerium, das aus radikalsten englischen Arbeiterführern und Friedensfreunden bestehe.

Amerika.

* Die Stellung Wilsons zu dem Obersten Kriegsrat in Versailles wird durch eine Mitteilung New Yorker Blätter gekennzeichnet. Danach wird die Regierung der Vereinigten Staaten in Übereinstimmung mit den Weltmächten dem Obersten Kriegsrat volle Bevollmächtigung zur Ausführung aller gefassten Beschlüsse hinsichtlich der militärischen Operationen verleihen, ohne daß solche Beschlüsse den in Frage kommenden Regierungen vorgelegt zu werden brauchen. Der Oberste Kriegsrat wird demnach fortan übermächtig sein.

Aus Stadt und Land.

* Das Kriegsministerium veröffentlicht in Nr. 30 der Sächsischen Staatszeitung einen Nachtrag zum Verzeichnis der zur Annahme beschlagener Torfsägen berechtigten Forstwerke.

* Das Kriegsministerium veröffentlicht in der Sächs. Staatsztg. eine Bekanntmachung, Nr. Bst. 139/1. 18. R. R. A., betreffend beauftragte Sortierbetriebe von Lumpen und neuen Stoffabfällen für die Zwecke des Heeres- oder Marinebedarfs, die stellw. Generalkommandos XII. und XIX. A. R. eine solche betr. Sicherung von Eisen-gerbrinde.

* In der Bekanntmachung des Gewerbevereins in der Nummer vom Montag ist ein kleines Versehen vorgekommen. Der Lichtbildvortrag des Herrn Oberjäger Sommerich von der Militärischen Ueberwachungsstelle des XII. A. R., Dresden, über: „Ein Großkampftag im Westen“, morgen, Donnerstag, abends 8^{1/2} Uhr in Hygenbarths Establishment ist eigentlich nicht Sache des Gewerbevereins, sondern mehr Sache des Aufklärungsausschusses, doch da der Gewerbeverein die ganze Angelegenheit der Aufklärung zu der seinigen gemacht hat, so sind zu diesem höchst interessanten Vortrage nicht bloß die Mitglieder unseres Gewerbevereins geladen, sondern alle, die sich für die Vorgänge auf unserer Westfront interessieren; es hat jedermann, ob Mann oder Frau, Zutritt. Vorzüglich wendet sich unsere Einladung auch

an die Mitglieder beider Lazarette mit den Schwestern, das Militär des Grenzschießes, die Mitglieder des Gewerbevereinsvereins und der Jugendfürsorge; ebenfalls haben auch größere Kinder Zutritt, wenn sie in Begleitung Erwachsener kommen. Der Eintritt ist frei. Hoffentlich belohnt ein zahlreicher Besuch die Bemühungen des Herrn Redners.

* Elbischiffahrtsnotizen. Vom 28. 1. bis mit 3. 2. 1918 passierten das königliche Zollamt für den Schiffsverkehr in Schandau 15 mit Braunkohlen, Sand- und Basaltsteinen, sowie 21 mit Stöckgläsern beladene Fahrzeuge. Vom 1. 1. bis mit 3. 2. 1918 sind insgesamt 54 beladene Fahrzeuge bei dem genannten Zollamte abgefertigt worden.

* Eine originelle väterländische Neuerung bringt das Kreiskomitee vom Roten Kreuz, Wiesbaden, auf den Markt: Die deutsche Haushaltplatte (D. R. G. M.): Auf starkem Boden aus dreifach geleimten Brettern sind alle Arten Lebensmittelarten und Scheine von Städten und Gemeinden aufgelegt und werden durch eine Glasplatte festgehalten, die mit dem Boden fest verschraubt ist. Ein dunkelpolierter Rahmen von 2^{1/2} Zentimeter Höhe umgibt das Ganze. Die Platte macht einen eigenartigen künstlerischen Eindruck. Als Aufwärtbrett ist der Gegenstand für jeden Haushalt gut verwendbar. Alles Nähere ist auf dem Rathause zu erfahren, woselbst auch Bestellungen entgegengenommen werden. Der Uebersehuh steht der örtlichen Kriegsfürsorge zu.

Krippen. Die Hausammlung für den Bezirks-Hilfsausschuß der königlichen Amtshauptmannschaft Pirna erbrachte einschließlic der von der Firma Richter und Wolf geleisteten Sonderpende von 200 Mk. insgesamt 334.06 Mk.; für unseren kleinen Ort eine erfreuliche Summe. Man sieht, daß hier noch Leute wohnen, die das Herz auf dem rechten Flecke haben. — Dem Grenadier Bruno Fäßel von hier wurde am 19. Jan. 1918 das Eisene Kreuz 2. Klasse verliehen. Sein Vater Bruno Fäßel dient seit Ausbruch des Krieges als Unteroffizier dem Vaterlande und ereifert sich derselben Auszeichnung. — Auch der zweite Sohn Walter vom Joubanten, jetzigen Bizefeldwebel Emil Schinke vom Zollamt Hirschmühle ist mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet worden. Er liegt infolge dreimaliger Verwundung in einem Dresdner Lazarett. — Ferner erhielt der Gefreite Fritz Richter, Sohn des Bahnbeamten Herm. Richter, die Friedrich August-Medaille in Silber. Der Ausgezeichnete ist bereits im Besitze des Eisernen Kreuzes 2. Klasse.

Königstein. Nach 38-jähriger Dienstzeit ist hier Herr Oberpostschaffner Lorenz in den Ruhestand getreten. Es wurde ihm aus diesem Anlaß das vom König gestiftete Ehrenkreuz durch seinen Chef, Herrn Postmeister Franze, überreicht. — Ein männlicher Leichnam wurde hier bei der Gebr. Heringschen Fabrik ans Land gespült. Der etwa 50 Jahre alte Tote, welcher längere Zeit im Wasser gelegen haben mochte, wurde nach der Totenhalle des hiesigen Friedhofes gebracht.

Dresden. Se. Majestät der König hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Kühlmann das Großkreuz des Albrechtsordens verliehen. — Der Gesamtwert des vom Kommunalverband aus der Ernte 1917 eingeführten und des ihm zugewiesenen Gemüses beliefert sich einschließlic des eingeführten Obstes auf 11,5 Mill. Mark. Die Gemüseabteilung des Lebensmittelamtes hat auch namhafte Mengen Kraut und Kohlräben zu Sauerkraut und Sauerräben einschneiden und Weißkohl, Möhren und Kohlräben in zehn Werken in Dresden und Umgebung trocknen lassen. Auf diese Weise sind namentlich

auch die Mengen Gemüse als Lebensmittel erhalten geblieben, die zu Zeiten besonders starker Zufuhren nicht sofort für den Frischverbrauch abgesetzt werden konnten und teilweise zu verderben drohten. Ebenso sind größere Mengen Kraut, Kohlräben und Möhren eingelagert worden.

Radebeul. Dem Gemeindevorstand Werner wurden aus Anlaß seines 25-jährigen Jubiläums zahlreiche Ehrungen zuteil; unter anderem überreichten ihm die Industrievereine des Ortes unter Anerkennung seiner Verdienste um die industrielle Entwicklung der Gemeinde 10 000 Mark als Grundstock zu einer Gemeindevorstand Werner-Jubiläums-Stiftung für gemeinnützige Zwecke zugunsten der Gemeinde Radebeul. — In der Nacht zum Dienstag hat der Kaufmann Haschke sich, seine Ehefrau und seine drei Kinder im Alter von vier bis zehn Jahren durch Leuchtgas vergiftet. Haschke zeigte seit längerer Zeit Spuren von Nervenkrankheit. Er scheint die Tat im Einverständnis seiner Frau begangen zu haben, denn beide haben vorher ihre Verhältnisse geordnet und letztwillige Verfügungen getroffen.

Bernstadt. Die hiesige Gärtnersehefrau Dreeß stürzte auf dem Bahnhofe aus dem Zuge und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie bald darauf starb.

Auszug aus dem Protokoll der öffentlichen Stadtverordneten-Sitzung am 4. Februar 1918.

Herr stellv. Stadtverord. Nidel eröffnet 1/9 Uhr die Sitzung, deren Beschlußfähigkeit er feststellte. Von der Anwesenheit des Kassenerpedienten Herrn Morgenstern wird Kenntnis genommen. Dasselbe geschieht von der Berordnung des königlichen Ministeriums des Innern betr. den Ausschub der Gemeindevorstand. Weiter wurde mitgeteilt, daß Herr Hoteldirektor Sendig zu seinem 70. Geburtstag von beiden Kollegien gratuliert wurde, wofür er seinen Dank ausgesprochen hat. — Dem Beschlusse des Ratkollegiums der Erhöhung der Vergütung für Ratquartiere von 6 auf 8 Mark, wird beigetreten. — Unter Punkt 6 schlägt Herr Nidel vor, die vom Ratkollegium beantragte Feuerungszulage für den Heizer Siegert und den Bademeister Dertel auf je 20 Mk. monatlich zu beschließen. (Der Rat batte für 6, 16, für O. 20 Mk. beantragt.) — Der 5. Nachtrag zur Feuerlöschordnung für die Stadt Schandau wird genehmigt. — Die im Verfolg der Berordnungen des Ministeriums des Innern vom 3. Januar 1918 entfallenden Kosten werden bewilligt und dem Ratbeschlusse vom 1. d. M., betr. Kleinwohnungsbau, beigetreten. — Das Kollegium stimmt der Einrichtung des Giroverkehrs bei der hiesigen Sparkasse vom 1. Juni 1918 zu. — Dem Einbruchversicherungsabsluß für das städtische Kurhaus und Parkhotel wird beigetreten; desgleichen der nachmaligen Ausschreibung der Verpackung des Kurhauses. — Ein Wasserzinsgesuch wird noch genehmigt und dem Ratbeschlusse vom 1. d. M., betr. eine Neuordnung der Kosten für den Revisor Herrn Brehm beigestimmt.

Letzte Drahtmeldung.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, den 6. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In einzelnen Abschnitten der handlichen Front, in der Gegend von Armentières und dem La Bassée-Kanal war die Artillerietätigkeit am Nachmittag gesteigert. Bei Lens lebhafter Minenkampf. An der Scarpe und westlich von Cambrai nahm das Artilleriefeuer vielfach gegen Abend zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Erkundungsvorstöße des Feindes in den Argonnen und westlich von Avocourt wurden abgewiesen.

Gestern wurden 7 feindliche Flugzeuge und 1 Fesselballon abgeschossen. — Leutnant Bongardt errang seinen 29. Luftsieg. — Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Kirchliche Nachrichten.

Parodie Cunnersdorf.

Donnerstag, den 7. Februar, nachm. 4 Uhr Kriegsbetstunde.



Jäger-Kompagnie

der priv. Schützengesellschaft

Kommenden Sonntag, den 10. d. M., findet im Schützenhause von abends 7 Uhr an ein

Unterhaltungs-Abend

bestehend in Theater:

Das Volk steht auf, der Sturm bricht los,

väterländisches Schauspiel in 2 Akten,

Hamlets Geist, Schwant und sonstige Ueberraschungen

Katt, wozu die Mitglieder der Gesellschaft mit ihren Angehörigen, sowie werthe Freunde und Gönner ergebenst eingeladen werden.

— Ohne Eintritt. —

Das Kommando.

H. Eckardt, Hauptmann.

Suche für mich selbst kleine Landwirtschaft

zuzukaufen.

Besitzer kann auf Wunsch wohnen bleib. Strengste Verschwiegenheit zuges. Hans Hirschowitz, Mittelsdorf bei Schandau, Weinberg 9c.

Gutsankauf.

Ich kaufe sofort Land- oder Stobgut, ca. 60 bis 200 Scheffel, zahle bis 100 000 Mark pari an, kaufe oder pachte auch noch extra große Villa oder Pensionshaus, Sächs. Schweiz etc. Gef. Angeb. u. L. F. 292 Invalidenbank Dresden.

Eine schöne kleine Wohnung

im 3. Stockwerk ist zu vermieten und am 1. April zu beziehen.

Näheres Elbstr. 60, Schmidt.

Die kleinere Hälfte

des 2. Stockwerks ist am 1. April anderweitig zu vermieten.

Bossack, Bad Schandau.

Stube, Kamm., Küche

im Parkterre links für 125 Mark, mit noch gr. Kammer 170 Mark, an Leute ohne Kinder sofort oder 1. 4. 18 zu vermieten. Näheres Rathmannsb.-Plan 58a, 1. Etg.

Wohnung, 11 St., 3 Zimm., Küche u. Zubeh., Innent., Gas, Elektr., 400 M., für 1. 4. zu verm. Rich. Hauschild, Poststr.

Kaffeehaus Belcke

Dampfschiff-Restaurant

empfiehlt sich zum freundlichen Besuch

Königstein, am Bahnhof

Die Aushändigung der Zeitung erfolgt nur gegen Vorlegung der Quittungskarte!

Verloben Sie sich

in der Deutschen Lebens-Versicherung Potsdam u. G.

sowie in der Betriebs-Unterbrechungs-, Einbruchdiebstahl-, Brandungs-, Mietverlust-, Wasserleitungsschad-, Unfall-, Haftpflicht- u. Transport-Versicherung

„Vaterländische“ u. „Rhenania“ Verein. Verf.-Ges., N.G., Elberfeld

Auskunft erteilt bereitwilligst F. K. Rohrlapper, Schandau.

Besuche Sie auf Wunsch.

Ein zuverlässiger Rutscher,

guter Pferdewärter, für schweres und leichtes Fahrwerk wird in dauernde Stellung

gesucht. Carl Prätorius, Großer Winterberg.

Heimarbeiterinnen

sucht

Hugo Werner, Sebnitz in Sachsen.

Ein Hausmädchen

für das Genesungsheim

somit gesucht. Max Jentzsch, Ditzau.

Sauberes, ehrliches

Hausmädchen

sucht

Fleischerei Spillner, Sebnitz.

Guterhaltene Leudter-Hängelampe

für Petroleum, Gas und electr. Licht billig zu verkaufen

Wendtschfähre 28 b, 1.

3-4 Stück junge

Sühner

zur Jagt werden zu kaufen gesucht.

Angebote an die „Sächsische Elbzzeitung“ erbeten.

Wandkalender

vorrätig in der

„Sächs. Elbzzeitung“.

Zum Besten der Schandauer Kriegshilfe erschienen:

Kriegs- und Friedensgeliebte.

Ein Gedichtbüchlein von Dora Hoff. — Preis 80 Pfg. Zu haben in der Sächs. Elbzzeitung, sowie bei G. Bossack, El. Elbner.

Interate haben in der Sächs. Elbzzeitung sehr guten Erfolg.

Das verschwundene Testament.

Roman von Erich Ebenstein.

16. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Klaudio blieb vor seiner Mutter stehen, blickte sie ernst an und sprach:

„Sonderbar. Da er doch keine Verzeihung hatte... und wie kann eine vorübergehende Irrung überhaupt so übertrieben große Reue erzeugen? Hat sein Geist etwa gelitten? Merktest du, daß er mit der Absicht umging, sich zu töten?“

„Absolut nicht. Er schien nach unserer Aussprache froh und getröstet. Sein Geist war so klar, wie nimmer zuvor.“

„Und doch! Doch! Gab es denn sonst noch einen Grund, der eine solche Tat auch nur verständlich machen konnte?“

Die Gräfin schwieg.

Klaudios Blick hing an ihrem bleichen, verstörten Gesicht. „Warum antwortest du nicht, Mutter? Wenn es einen solchen Grund gab, warum siehst du ihn allein im Bawillon wohnen? Warum blieb er nicht hier bei dir?“

„Es war sein Wille so“, antwortete die Gräfin einfüßig. „Erst die Zeit hätte ihn vielleicht ändern können. Aber frage mich nicht weiter, Klaudio. Ich darf dir nicht antworten.“

„Mir — dem Sohne? Habe ich nicht ein Recht zu wissen, was meinen Vater in den Tod trieb?“

„Vielleicht. Aber mein Recht ist — dir die Antwort darauf zu verweigern.“ — Mutter!

„Lass mich nicht, Klaudio. Laß die Vergangenheit ruhen und uns ein neues Leben beginnen.“

Er stand plötzlich dicht vor ihr und stieß mit weisgewordenen Lippen hervor: „Du weißt nicht, was du tust! Ein neues Leben! Fühlst du denn nicht, daß diese Schatten eines Geheimnisses, dessen Aufklärung du mir verweigert, dann ewig zwischen uns stehen müssen? Mutter — befinne dich — es gilt auch den Frieden zwischen dir und mir: Wenn du mich liebst, mußt du sprechen!“

„Weil ich dich liebe, schweige ich.“ — „Dies ist dein letztes Wort?“ — „Ja, so wahr mir Gott helfe, Klaudio!“

Er wandte sich ab. Seine Blicke waren farblos und hart geworden. Ohne noch einen Blick auf die Gräfin zu werfen, verließ er das Gemach.

Sollte er nun abreißen? Sogleich? Heute noch? Klaudio erwog den Gedanken ernstlich.

Aber es gab eine Stimme in ihm, die antwortete: Nein, jetzt erst recht nicht! Durch das, was du gehört hast, ist Leben und Tod meines Vaters noch viel rätselhafter geworden als zuvor. Und wenn meine Mutter auch mit in das Geheimnis verwickelt ist — so schuldig, als du fürchtest, ist sie nicht. Für dich aber besteht nun nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, das Rätsel zu lösen!

Wie? Das war ihm noch unklar. Die Mutter und wohl auch Tante Flora würden schweigen. Wen gab es sonst noch aus jener Zeit, der etwas darüber wissen konnte?

Auf Fischau niemand. Dort gab es nur Dienerschaft aus den letzten Jahren. In Rotholzgen höchstens Christine. Aber die war ihrer Herrin viel zu ergeben, um etwas zu verraten — selbst wenn sie um das Geheimnis gewußt hätte, was ja nicht wahrscheinlich war.

Aber Thomas Berner. Er hatte Klaudios Vater zehn Jahre lang gedient, er war der Letzte gewesen, der vor seinem Tode fast beständig um ihn war. Er hatte die Unterstützung der Gräfin zurückgewiesen, nahm aber eine Pension Flora Fischlebens an. Nie, seit man seinen Herrn begraben hatte, war er auf Rotholzgen mehr gesehen worden.

Diese Tatsachen mußten einen Grund haben und erschienen Klaudio jetzt viel bemerkenswerter als früher. Dort war also ein Hebel, den man vielleicht in Bewegung setzen konnte.

Bei Tisch fehlte die Gräfin. Dvonne hatte auf ihre besorgten Fragen von Christine erfahren, daß die Gräfin sich nicht wohl fühle und von niemand gestört zu werden wünsche.

Während des Essens herrschte eine frostige, ungemütliche Stimmung. Klaudio, der fast nichts aß, schien mehr denn je in düstere Gedanken versunken zu sein und achtete kaum auf die gelegentlichen Bemerkungen Senfts, der sich, obwohl selbst verstimmt, doch Mühe gab, das Gespräch nicht ganz einschlafen zu lassen.

Dvonne aber schien außer der Sorge um die Gräfin noch andere Gedanken zu haben, die sie beschäftigten.

„Wo waren Sie denn eigentlich heute den ganzen Morgen über?“ fragte Senft plötzlich. „Ich sah Sie mit der Frau Gräfin nach dem Frühstück in den Garten gehen und dann waren Sie plötzlich verschwunden.“

„Wir wollten lesen“, antwortete Dvonne zerstreut, „aber dann kam Baroness Kitty und ich hat, die Zeit benützen zu dürfen, um wieder einmal nach meinem Schützling, dem alten Berner, zu sehen.“ — „Ich dachte, der sei schon gesund?“

„Wir glaubten es, weil wir gestern sein Häuschen versperrt fanden. Aber leider ist er viel kränker, als er selbst zugeben will. Er ging gestern nach Fischau, weil er sich einbildete, dort Schmerzmittel verlangen zu müssen, und wurde dann von einem Bauer in halb bewußtlosem Zustande nach Hause gebracht. Ich fand ihn heute in hohem Fieber und so erregt, daß ich gegen seinen Willen den Arzt rufen ließ, weil ich fürchtete, die Verlegung seiner Hand, die recht böse aussieht, könne ihm eine Blutvergiftung zuziehen.“

„Nun, so schlimm wird es hoffentlich nicht sein. Was sagte der Arzt?“

„Daß die Hand unbedingt geschnitten werden sollte. Er fürchtete auch, daß durch den Hufschlag eine Verunreinigung hinzugekommen ist. Leider ist der Alte so eigensinnig. Er weigerte sich, die kleine Operation zuzulassen, obwohl ich ihm zuredete und der Arzt ihm vorstellte, er könne um den ganzen Arm kommen, wenn er nicht folge. Schließlich wurden beide grob gegeneinander; der Arzt ging ärgerlich fort und Berner legte sich ein Pflaster auf, das er für ein Wundermittel hält, weil es ihm ein altes Bauernweib versichert hat.“

„Ja, ja, so sind diese Leute! Nur keinem studierten Arzt etwas glauben!“

„Es ist sehr traurig. Aber ich will, da man mich hier heute nicht mehr braucht, nachmittags noch einmal hinübergehen und ihm zureden. Zwar droht er mir immer mit dem Hinauswerfen, aber davor fürchte ich mich nicht. Im stillen ist er doch froh, wenn ich komme und ihm ein bißchen verlorge. Er hat ja sonst keine Seele, die ihm irgendeinen Handgriff täte.“

Klaudio war aus seiner Versunkenheit erwacht und sah Dvonne an.

„Heute wollen Sie noch zu ihm? Schade! Es kommen nämlich Rehderns und da kann ich nicht gut fort, da Mama unwohl ist. Aber morgen will ich auch mit hinüber zu Thomas Berner.“

„Ich möchte Sie bitten, dies vorläufig lieber zu unterlassen“, sagte Dvonne verlegen. „Er ist so sehr reizbar und erregt... und es scheint, daß alles, was mit Rotholzgen zusammenhängt, ihn noch mehr aufregt.“

„So? Hat er etwa mit Ihnen gesprochen?“

„Na“, antwortete Dvonne ädgernd. — „Was?“

„Oh, nichts Besonderes. Er erkundigte sich nach Ihrer Mutter und ich mußte ihm allerlei erzählen; er fragte auch, warum Sie nun hier und nicht in Fischau lebten? Darüber konnte ich ihm natürlich keine genaue Auskunft geben.“ — „Was sagte er dazu?“

„Nichts. Er stellte überhaupt nur Fragen und knüpfte an meine Antworten keinerlei Bemerkung. Zuletzt aber merkte ich, daß dieses Gespräch seinen Zustand verschlimmerte, weil es ihn immer erregter machte und brach deshalb ab.“

„Ich muß trotzdem morgen zu ihm. Ich habe ihm einige Fragen vorzulegen, die er mir vielleicht beantworten kann. Wollen Sie ihn heute darauf vorbereiten?“

„Ich weiß wirklich nicht, ob es gut wäre... auch für Sie...“

Klaudio sah sie groß an.

„Für mich? Warum sollte es für mich nicht gut sein?“

Dvonne blickte verlegen vor sich hin. Was sollte sie darauf antworten? Sie hatte aus den wirren Reden des Kranken viel mehr entnommen, als sie Klaudio sagen wollte. Thomas hatte sich auch nicht nur auf Fragen beschränkt. Er schien mit irgendeinem Entschluß zu ringen, der mit der Vergangenheit auf Rotholzgen in engem Zusammenhang stand. Auch das Wort „Testament“ war ihm einmal wider Willen entschlüpft, und daneben schien es Dvonne zweifellos, daß er der Gräfin nicht wohlgesinnt war.

Wie leicht konnte ein Wort des sicher nicht gutmütig geratsagten Menschen Klaudio noch mehr gegen seine Mutter einnehmen!

„Er scheint mir sehr rachsüchtig zu sein“, sagte sie endlich besangen, „und außerdem so krank, daß er die Tragweite seiner Worte vielleicht nicht ermessen kann. Darum scheint es mir besser, wenn Sie mit Ihren Fragen warten würden, bis er wieder gesund ist.“

„Das kann und will ich nicht! Seine Krankheit könnte sich in die Länge ziehen, und er ist ein alter Mann. Wie leicht kann etwas hinzukommen, das ihn noch viel kränker macht. Ich werde also morgen bestimmt zu ihm gehen und bitte Sie, ihm dies zu sagen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Goldankaufshilfsstelle in der Sparkasse zu Schandau ist jeden Wochentag während der Geschäftsstunden geöffnet.

(Fortsetzung des amtlichen Teiles aus dem Hauptblatt.)

Verkehr mit Eiern.

149 K. M. II.

Für den Verkehr mit Eiern von Hühnern, Enten und Gänsen wird für den Bezirk der Königl. Amtshauptmannschaft Pirna einschließlich der Städte mit revidierter Städteordnung folgendes bestimmt:

I. Eierbezug.

§ 1. Abs. 1. Die entgeltliche und unentgeltliche Abgabe von Eiern erfolgt nur gegen Bezugsausweise.

Abs. 2. Die Abgabe von Eiern

1. an Verbraucher erfolgt gegen Abschnitte der Eierkarte,

2. an Gast-, Schank-, Speisewirtschaften und dergl., Konditoreien, soweit sie nicht gleichzeitig Bäckereien sind, und Anstalten, die eine bestimmte Personenzahl beköstigen, gegen Bezugscheine.

Abs. 3. Auch die Abgabe von Eierspeisen in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften darf nur gegen Abschnitte der Eierkarte erfolgen, sofern die Eier nicht lediglich als Zusatz verwendet worden sind.

Abs. 4. Die Abgabe und der Erwerb von Eiern ohne Karten oder Bezugscheine ist verboten.

§ 2. Abs. 1. Eierkarten sind, soweit sie noch nicht ausgegeben sind, von der Gemeindebehörde des Wohnortes zu beziehen. Sie werden nur auf besonderen Antrag an solche Personen ausgehändigt, die sich im Bezirk dauernd aufhalten.

Abs. 2. Einzelverbraucher erhalten nach Maßgabe der Vorräte bis auf weiteres für zwei Wochen höchstens auf je 2 Wochenabschnitte der Eierkarte ein Ei.

Abs. 3. Werden Kranken auf Grund der Bekanntmachung des Bezirksausschusses vom 23. November 1916 (Sächsische Elbzeitung Nr. 142 vom 25. November 1916) Zusatzkarten zugebilligt, so ist diesen eine entsprechende Anzahl von Eierkarten auszuhandigen, wobei die nicht in Betracht kommenden Wochenabschnitte abzutrennen oder sonst ungültig zu machen sind. Die für Kranke bestimmten Karten sind als solche kenntlich zu machen.

§ 3. Abs. 1. Die Eierbezugscheine zerfallen in vier Wochenabschnitte. Auf jeden Wochenabschnitt darf nur jeweilig 1/4 der zugewiesenen Menge bezogen werden. Die Ausstellung der Bezugscheine erfolgt außer bei Krankenanstalten (vgl. Abs. 5) durch die Gemeindebehörde.

Abs. 2. Bei Berechnung des Bedarfs der Gast-, Schank- und Speisewirtschaften ist die Zahl der durchschnittlich in den Hauptmahlzeiten beköstigten Tischgäste zugrunde zu legen. Dabei ist auf jeden Tischgast ein Ei für 4 Wochen zu rechnen.

Abs. 3. Bäckereien erhalten keine Bezugscheine. Der Bedarf der Konditoreien ist von diesen durch eine Bescheinigung der Konditorenkreislage nachzuweisen.

Abs. 4. Der Bedarf der Anstalten mit Ausnahme der Krankenanstalten berechnet sich nach dem allgemeinen Grundsatz von einem Ei für den Kopf auf 2 Wochen.

Abs. 5. Krankenanstalten, soweit sie nicht Selbstversorger (§ 7) sind, haben ihren monatlichen Bedarf unter Angabe der Belegziffern bei der Kgl. Amtshauptmannschaft anzumelden, die nach Begutachtung des Antrags durch den ärztlichen Vertrauensauschuß den Anstalten Bezugscheine erteilt.

§ 4. Die Eierkarten und -Bezugscheine geben keinen Anspruch auf Lieferung von Eiern. Sie sind lediglich Sperrkarten. Reicht der vorhandene Eiervorrat nicht aus, so sind vorzugsweise zu befristigen die Bezugscheine der Krankenanstalten sowie die für Kranke bestimmten Eierkarten, alsdann die gewöhnlichen Eierkarten, an letzter Stelle die übrigen Bezugscheine.

§ 5. Karten, Kartenabschnitte und Bezugscheine sind nicht übertragbar. Die auf diese Ausweise entnommenen Waren dürfen weder entgeltlich noch unentgeltlich außer an denselben Haushalt teilende Familienangehörige weitergegeben werden. Bei Zuwiderhandlung hiergegen kann außer Bestrafung Entziehung der Karten erfolgen.

§ 6. Schelbet eine Person aus der Versorgung einer Gemeinde aus (Tod oder Wegzug aus dem Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna oder durch Eintritt in einen sie befristenden Betrieb oder durch Einberufung zum Heeresdienst), so ist dies unter Rückgabe der nichtverbrauchten Karten spätestens am nächstfolgenden Werktag der Ausgabestelle zu melden. Diese hat einen Abmeldebchein zu erteilen. Meldepflichtig ist der Haushaltungsvorstand oder dessen Stellvertreter.

§ 7. Abs. 1. Selbstversorger haben keinen Anspruch auf Eierkarten oder Bezugscheine.

Abs. 2. Als Selbstversorger gelten Geflügelhalter mit den Angehörigen ihrer Wirtschaft einschließlich des in der Wirtschaft befristigten Bestandes.

II. Erfassung der Eier.

§ 8. Abs. 1. Jede Gemeinde hat im Monat eine bestimmte Menge an Eiern auszubringen. Die Menge wird der Ortsammelstelle im voraus für jeden Monat mitgeteilt.

Abs. 2. Jeder Geflügelhalter erhält durch Vermittlung der Sammelstelle des Ortes, in dem er Geflügel hält, eine von der Amtshauptmannschaft nach bestimmten Grundsätzen berechnete schriftliche Auflage über die von ihm mindestens in jedem Monat abzuliefernden Mengen an Eiern.

Abs. 3. Die Geflügelhalter haben sämtliche Eier, soweit sie sie nicht für den eigenen Bedarf benötigen, mindestens aber das ihnen mitgeteilte Ablieferungssoll abzuliefern.

§ 9. Abs. 1. Die Eier sind an die Ortsammelstellen oder an die Verkäufer gegen Empfangsbcheinigung in frischem Zustande abzuliefern.

Abs. 2. Es ist verboten, Eier an andere Stellen als die Sammelstelle im Ort abzugeben. Insbesondere dürfen weder Geflügelhalter noch Verkäufer Eier an Verbraucher abgeben.

§ 10. Abs. 1. Bleiben Geflügelhalter mit den ihnen mitgeteilten Ablieferungen im Rückstande, obwohl sie nach der Lage der Verhältnisse liefern könnten, so werden sie durch Zwangsmaßnahmen zur Lieferung angehalten.

Abs. 2. Säumlige Geflügelhalter haben außerdem wöchentliche Berichte über die Eierzeugung an die Amtshauptmannschaft einzusenden.

§ 11. Die Orts sammelstellen haben darauf zu achten, daß die Geflügelhalter ihren Verpflichtungen nachkommen. Sie haben Unregelmäßigkeiten unverzüglich der Amtshauptmannschaft anzuzeigen.

III. Versorgungsregelung.

§ 12. Um die erfassten Eier der Bevölkerung möglichst gleichmäßig zugänglich zu machen, werden Orts sammelstellen, Unterverteilungsstellen und eine Bezirksverteilungsstelle errichtet.

1. Orts sammelstellen.

§ 13. Abs. 1. In jeder Gemeinde ist von der Gemeindebehörde eine Orts sammelstelle für Eier zu errichten. Die Sammelstelle untersteht der Aufsicht der Gemeindebehörde.

Abs. 2. Sie ist nur zuverlässigen Personen zu übertragen. Findet sich in der Gemeinde keine geeignete Person, so hat die Gemeindebehörde die Sammelstelle zu übernehmen.

Abs. 3. Die Sammelstelle ist von der Gemeindebehörde der Amtshauptmannschaft zu benennen.

Abs. 4. Die Sammelstellen erhalten von der Amtshauptmannschaft eine Ausweiskarte.

§ 14. Aufgabe der Sammelstelle ist es, sämtliche in der Gemeinde erzeugten Eier, soweit sie nicht für Selbstversorger zurückbehalten werden dürfen, zu erfassen. Sie kann sich hierzu Aufkäufer (§ 24) bedienen.

§ 15. Abs. 1. Die Sammelstellen haben Kundenlisten zu führen, in die sich die Verbraucher unter Abgabe der auf den Eierkarten oder Bezugsscheinen vorgebrachten Anmeldescheine zum Bezuge anzumelden haben. Die Eierverkäufer haben auf der Eierkarte oder dem Bezugsschein über die erfolgte Anmeldung auf der hierfür vorgebrachten Stelle eine Anmeldebefcheinigung zu erteilen.

Abs. 2. Im Kundenbuch ist für jeden Kunden der Name, die Wohnung und der angemeldete Bedarf einzutragen.

§ 16. Die Verkäufer haben nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte den angemeldeten Bedarf gleichmäßig ohne Bevorzugung besonderer Kunden zu decken.

§ 17. Die Sammelstelle hat Buch zu führen (siehe unter § 29 Abs. 1).

§ 18. Die Sammelstelle hat den wöchentlichen Fehlbedarf oder Ueberschuß in der Gemeinde der Unterverteilungsstelle bis spätestens Dienstag jeder Woche mittels Vordrucks (§ 33 Abs. 2) zu melden.

§ 19. Abs. 1. Sie hat den Ueberschuß nach Anweisung der Unterverteilungsstelle sofort weiter zu geben.

Absatz 2. Den Fehlbedarf einer Sammelstelle deckt die Unterverteilungsstelle aus den ihr zur Verfügung stehenden Mengen.

§ 20. Werden in einer Gemeinde diejenigen Mengen an Eiern nicht aufgebracht, die nach der Umlegung auf die einzelnen Geflügelhalter aufgebracht werden müßten, so ist die nicht aufgebrachte Menge als für die Gemeinde zur Versorgung bereitstehend anzusehen und im Falle des Fehlbedarfs von einer Zuweisung durch die Unterverteilungsstelle abzugehen.

2. Unterverteilungsstellen.

§ 21. Abs. 1. Die Unterverteilungsstellen werden für einen bestimmten Bezirk von der Amtshauptmannschaft festgesetzt. Jeder Unterverteilungsstelle unterstehen sämtliche in ihrem Bezirke liegenden Orts sammelstellen.

Abs. 2. Die Unterverteilungsstelle ist zugleich Orts sammelstelle für die Gemeinde, in der sie liegt.

Abs. 3. Sie hat in ihrem Bezirk den ihr von den Orts sammelstellen mitgeteilten Fehlbedarf und Ueberschuß nach Maßgabe der vorhandenen Mengen gleichmäßig auszugleichen.

Abs. 4. Kann die Unterverteilungsstelle den Fehlbedarf ihres Bezirks nicht decken, so hat sie sich an die Bezirksverteilungsstelle zu wenden. Ebenso hat sie ihren Ueberschuß dieser mitzuteilen und auf deren Anordnung zu verwenden.

Abs. 5. Die Unterverteilungsstellen haben für die Abholung vorhandener Ueberschüsse zu sorgen.

3. Bezirksverteilungsstelle.

§ 22. Abs. 1. Die Bezirksverteilungsstelle deckt aus ihrem Ueberschuß den bei ihr angemeldeten Fehlbedarf der Unterverteilungsstelle nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte.

Abs. 2. Die Bezirksverteilungsstelle und die Unterverteilungsstellen werden noch bekanntgegeben.

4. Kleinverkaufsstellen.

§ 23. Abs. 1. Die Abgabe an Verbraucher kann auch besonderen Kleinverkaufsstellen im Ort übertragen werden.

Abs. 2. Kleinverkaufsstellen bedürfen ebenfalls der Erlaubnis der Amtshauptmannschaft. Sie erhalten wie die Sammelstellen Ausweiskarten.

Abs. 3. Für sie gelten für die Abgabe der Eier an Verbraucher die gleichen Bestimmungen wie für die Sammelstellen (§ 15—17).

5. Aufkäufer.

§ 24. Abs. 1. Aufkäufer sind Beauftragte der Sammelstellen. Sie werden von diesen auf Vorschlag der Gemeindebehörde bestellt und der Amtshauptmannschaft mitgeteilt.

Abs. 2. Es sollen nur zuverlässige Personen und nur so viele als Aufkäufer bestellt werden, als unbedingt zum Verkauf notwendig sind, je nach der Anzahl der Geflügelhalter und der Größe des Ortes, in dem sich die Sammelstelle befindet. Bisher bestehende Aufkäufer haben, soweit sie zuverlässig sind, den Vorzug vor neuen.

Abs. 3. Die Personen, die als Aufkäufer zugelassen werden wollen, haben sich bei der Ortsbehörde zu melden, die sie den Orts sammelstellen vorschlägt.

Abs. 4. Die Sammelstelle teilt ihre Aufkäufer der Amtshauptmannschaft unter Angabe ihres Namens, Geburtstages und Ortes mit. Die Aufkäufer, die als solche zugelassen werden, erhalten Ausweiskarten, die sie stets bei sich zu tragen und den Polizeibeamten auf Verlangen vorzuzeigen haben.

§ 25. Abs. 1. Aufgabe der Aufkäufer ist es, für die Sammelstellen die Eier vom Geflügelhalter aufzukaufen und an die Sammelstelle im Ort abzuliefern.

Abs. 2. Die Aufkäufer können auch von den Sammelstellen dazu verwendet werden, den Ueberschuß von Eiern an die Unterverteilungsstellen zu bringen oder von diesen den Fehlbedarf für die Orts sammelstellen zu holen.

§ 26. Die Sammelstellen tragen für ihre Aufkäufer die volle Verantwortung. Sie haben über deren Umsatz ebenso Buch zu führen und Rechenschaft abzulegen, wie über die selbst aufgekauften Eier.

§ 27. Die Abgabe von Eiern seitens der Aufkäufer an andere Stellen als die Orts sammelstellen, für die sie zugelassen sind oder deren Unterverteilungsstellen (siehe oben unter § 25, Abs. 2), insbesondere an Verbraucher, ist verboten.

§ 28. Die bisher ausgestellten Ausweiskarten verfallen mit dem 15. Februar 1918. Sie sind bis dahin an die Amtshauptmannschaft einzusenden.

IV. Ueberwachung.

§ 29. Abs. 1. Jede Sammelstelle, Verkaufsstelle und jeder Aufkäufer hat über die eingekauften und wieder verkauften Eiermengen Buch zu führen. Aus den Büchern muß hervorgehen:

1. Der Tag des Ein- und Verkaufs,
2. die Stückzahl der an diesem Tag ge- und verkauften Eier,
3. die Ein- und Verkaufspreise.

Abs. 2. Die Bücher sind auf Verlangen Beauftragten der Amtshauptmannschaft zur Einsicht vorzulegen.

§ 30. Abs. 1. Die Sammelstelle hat dem Geflügelhalter über die von ihm aufgekauften Eier eine mit Unterschrift der Sammelstelle versehene Empfangsbefcheinigung auszustellen. Diese muß den Tag, die Menge der gekauften Eier und den Namen des Verkäufers enthalten. Der Geflügelhalter seinerseits hat der Sammelstelle eine mit der Empfangsbefcheinigung gleichlautende Lieferbefcheinigung auszustellen.

Abs. 2. Wenn Aufkäufer für die Sammelstelle aufkaufen, so haben diese die Empfangsbefcheinigungen auszustellen und Lieferscheine in Empfang zu nehmen und der Sammelstelle abzuliefern. Sie haben die Empfangsbefcheinigungen mit ihrem Namen unter Beifügung des Namens der Sammelstelle zu unterschreiben.

Abs. 3. Die Geflügelhalter haben die Empfangsbefcheinigungen mindestens 2 Monate aufzuheben und auf Verlangen der Amtshauptmannschaft aufgerechnet einzusenden.

§ 31. Abs. 1. Die Sammelstelle hat die empfangenen Marken, Bezugsscheinabschnitte und Lieferscheine der Amtshauptmannschaft wöchentlich mit den Anzeigen (siehe unter § 33 Abs. 2) einzusenden.

Abs. 2. Die Verkaufsstellen haben die eingenommenen Karten- und Bezugsscheinabschnitte der Sammelstelle bis Montag jeder Woche für die vorhergehende einzusenden.

§ 32. Die Sammelstelle hat eine **Eierausbringungsliste** nach dem von der Amtshauptmannschaft ausgegebenen Vordrucke und nach deren näheren Anweisung zu führen.

§ 33. Abs. 1. Die Orts sammelstellen haben ferner wöchentlich Bericht über Eierbedarf und Ueberschuß zu geben.

Abs. 2. Die Berichte sind sowohl an die Amtshauptmannschaft, wie in Abschrift an die Unterverteilungsstelle zu geben.

§ 34. Die Unterverteilungsstellen haben ebenfalls wöchentlich über Eierbedarf und Ueberschuß in ihrem Bezirk Bericht auf einem Vordruck an die Amtshauptmannschaft und an die Bezirksverteilungsstelle zu senden.

§ 35. Endlich hat die Bezirksverteilungsstelle wöchentlich der Amtshauptmannschaft Bericht zu erstatten.

§ 36. Die Vordrucke sind bei der Amtshauptmannschaft erhältlich und werden erstmalig umsonst geliefert.

§ 37. Hinsichtlich der **Bruteler** gelten die Bestimmungen der Verordnung des Rgl. Ministeriums des Innern vom 21. Februar 1917 — Nr. 25 der **Sächsischen** Erbzeltung vom 27. Februar 1917 —.

§ 38. Die Gemeindebehörden können mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft im Rahmen vorstehender Bestimmungen je nach den örtlichen Verhältnissen weitere Anordnungen treffen.

V. Strafbestimmungen.

§ 39. Zuwiderhandlungen gegen diese Bekanntmachung oder auf Grund deren von den Gemeindebehörden mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft erlassenen Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Eier oder der verbotswidrig hergestellten Erzeugnisse, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, erkannt werden.

Diese Bekanntmachung tritt am 15. Februar 1918 in Kraft. Die Bekanntmachung des Bezirksverbandes der Rgl. Amtshauptmannschaft vom 12. Mai 1917 mit deren Nachträgen tritt mit diesem Zeitpunkt außer Kraft.
Pirna, am 28. Januar 1918.

Der Bezirksverband der Rgl. Amtshauptmannschaft.

Fleischversorgung.

1. Den Fleischern des Bezirks wird anheimgegeben, Nachträge zu den Kundenlisten spätestens bis 7. d. Ms. hierher einzureichen.
2. Später eingehende Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Pirna, am 4. Februar 1918.

Königl. Amtshauptmannschaft.